

Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne

Mittwoch (Nachmittag), 13. März 2019 / Mercredi après-midi, 13 mars 2019

Polizei- und Militärdirektion / Direction de la police et des affaires militaires

69 2018.RRGR.522 Motion 163-2018 Imboden (Bern, Grüne)
Verursachergerechte Besteuerung: Anreize zum Wenigfahren bei der Motorfahrzeugbesteuerung

69 2018.RRGR.522 Motion 163-2018 Imboden (Berne, Les Verts)
Pour une imposition des véhicules à moteur qui incite à rouler moins

Fortsetzung

Präsident. *(Der Präsident läutet die Glocke. / Le président agita sa cloche.)* Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, Platz zu nehmen und die Lautstärke der Gespräche auf Sessionsmodus herunterzufahren. Wir sind beim Traktandum 69 verblieben, einer Motion von Grossrätin Imboden, die in ein Postulat gewandelt wurde. Der Rat hat gesprochen. Ich erteile Regierungsrat Müller das Wort.

Philippe Müller, Polizei- und Militärdirektor. Die Motion verlangt eine Revision des Gesetzes über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge (BFSG). Eine geringe Nutzung soll steuerlich belohnt werden. Es wird vorgeschlagen, die jährliche Fahrleistung durch eine Selbstdeklaration der Fahrzeughalterinnen und Fahrzeughalter via Kilometerstand zu erheben. Diese Angaben sollen im Rahmen des polizeilichen Verkehrskontrollsystems oder periodischer Fahrzeugprüfungen verifiziert werden. Das vorgeschlagene Besteuerungsmodell ist in der vorgesehenen Form schon aus den folgenden Gründen technisch und administrativ nicht umsetzbar: Die eidgenössischen Strassenverkehrsvorschriften schreiben die Erfassung der Kilometerleistung nicht vor. Die bekannten Kilometerzähler sind in der Regel zwar eingebaut, sie müssen aber nicht zwingend funktionieren und es bestehen auch keine Kalibrierungsvorschriften. In der technischen Prüfung werden die Kilometerzähler nicht geprüft. Die Manipulation der Einrichtungen ist zum Teil einfach machbar. Eine private Versicherung kann dies natürlich tun, wenn es ihr egal ist, dass die Zahlen nicht so genau stimmen. Wahrscheinlich ist ihr der Werbegag, den sie damit erzielen kann, wichtiger und bringt ihr mehr, als wenn es etwas weniger Prämie gibt.

Und dann ist es noch eine Risikoabwägung: Wenn es weniger Fahrzeuge gibt, wenn weniger gefahren wird, gibt es weniger Unfälle. Irgendeinmal steigt die Zahl wieder an – wenn die Leute zu wenig Fahrpraxis haben. Aber, im ersten Anlauf nimmt es doch eher ab. Die Umsetzung der Motion scheitert also bereits an der fehlenden verlässlichen Datenlage. Die Fahrleistung wird heute über die Besteuerung der Treibstoffe verlässlich berücksichtigt. Hinzu kommt, dass es besonders jene trifft, die im ländlichen Raum wohnen, die aufgrund ihres Arbeits- und Wohnortes auf ein Auto angewiesen sind. Ebenfalls stark betroffen wäre das Gewerbe. Der Regierungsrat lehnt die Motion deshalb ab.

Präsident. Ich erteile das Wort noch einmal der Postulantin, Grossrätin Imboden.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Der Grossratspräsident hat es gesagt: Es geht um ein Postulat. Ich glaube, es ist schon auch wichtig, das hier noch einmal zu betonen. Ich habe die Motion gewandelt. Das Votum des Regierungsrates hat geklungen, als wäre hier wortwörtlich ein Motionstext zu überweisen. Ich betone einfach noch einmal, dass es hier darum geht, ein Anliegen zu prüfen, das mit dem Gesetzgebungsverfahren, das wir heute Morgen eröffnet haben, zeitlich durchaus im richtigen Moment kommt. Es ist auch nicht ausformuliert, wie man es genau machen muss. Wir haben bloss aufgezeigt, dass es Beispiele gibt, etwa, wie die Versicherungen das machen. Man kann es mit Selbstdeklaration machen. Das sind mögliche Wege. Es geht darum, ein Anliegen zu prüfen. Ich danke für die Diskussion.

Aber auf zwei Dinge möchte ich noch zu sprechen kommen. Ich weiss, die Motorfahrzeugbesteuerung ist ein emotionales Geschäft und Thema. Das ist so; das müssen wir so zur Kenntnis nehmen. Trotzdem möchte ich noch einmal auf zwei Punkte eingehen. Zum einen auf das Votum des Regierungsrates, wonach das, was die Versicherungen tun, ein Werbegag sei. Okay, das mag sein. Ich finde es allerdings interessant, wenn ein Regierungsrat sagt, dass das, was die Versicherungen im Bereich der Senkung des CO₂-Ausstosses tun, ein reiner Werbegag sei. Das nehme ich zur Kenntnis. Ich teile diese Meinung nicht. Übrigens wird das seit dem Jahr 1984 gemacht. Das hat also bereits eine lange Tradition und ist nicht etwas, das jetzt plötzlich wegen des Klimathemas aufgetaucht ist oder weil deshalb viele Junge auf der Strasse unterwegs sind. Vielleicht haben die Versicherungen auch schon länger bemerkt, dass es sich hier tatsächlich um etwas Wichtiges handelt, um etwas, das man tatsächlich anwenden kann. Gut, ich nehme das zur Kenntnis.

Noch ein Votum an die Adresse derer, die jetzt vom ländlichen Raum gesprochen haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, 50 Prozent des Verkehrs ist Freizeitverkehr. 50 Prozent! Sogar noch etwas mehr als 50 Prozent. Es ist also tatsächlich nicht so, dass jede Autofahrt, die in diesem Kanton gemacht wird, nur dazu dient, arbeiten zu gehen oder lebensnotwendige Ortswechsel vorzunehmen. Es gibt einen grossen Anteil, bei dem man darüber diskutieren kann, ob es wirklich immer nötig ist.

Noch als letzter Punkt, um noch einmal zu betonen, was mein Kollege, Bruno Vanoni gesagt hat: Wenn die Gemeinde Zollikofen beim Ablesen des Wasserzählers auf die Eigenverantwortung setzen kann – Zollikofen ist notabene keine Gemeinde, die dafür bekannt ist, dass sie sich ausserhalb der Gesetzgebung des Kantons bewegt –, dann ist das vielleicht auch ein Indiz dafür, dass es eben geht, dass es unterschiedliche Möglichkeiten gibt. Deshalb bitte ich Sie, dieses Postulat anzunehmen. Es ist ein liberales Anliegen. Ich sage das an die Adresse der FDP. Es ist ein klimafreundliches Anliegen, und es ist ein Anreiz. Es ist kein Verbot, sondern es ist ein Anreiz. Wie gesagt: All jene, deren Herz fürs Klima schlägt und die ein liberales Herz haben – das habe ich als Grüne beides auch –, sollen doch bitte diesem Postulat zustimmen.

Präsident. Der Regierungsrat wünscht noch einmal das Wort.

Philippe Müller, Polizei- und Militärdirektor. Die Regierung lehnt auch das Postulat ab. Und ich wäre fast versucht gewesen zu sagen: auch mit einem liberalen Herzen.

Präsident. Somit kommen wir zur Abstimmung. Wer dieses Postulat annehmen will, stimmt Ja, wer es ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (als Postulat)

Vote (adoption sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 54

Nein / Non 86

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben das Postulat abgelehnt, mit 86 Nein- gegen 54 Ja-Stimmen bei 0 Enthaltungen.